

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 15. November 2004

Gesundheit der Union gefährdet Stiftung Marktwirtschaft: Enttäuschender Formelkompromiß ist allenfalls das Rührei des Kolumbus

Die Stiftung Marktwirtschaft sieht die Einigung zwischen CDU und CSU in der Gesundheitspolitik als enttäuschenden Formelkompromiß. „Hier haben sich die Bremsen auf Kosten der wirtschaftlichen Vernunft, der Transparenz und der klaren Alternative durchgesetzt“, lautet das Urteil von Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. Für das Unionsvorgehen als Springprozeßion – zwei vor, drei zurück – habe Deutschland keine Zeit mehr.

Eilfort bedauert, daß dem beklagenswerten Status Quo im Gesundheitssystem und der „Bürgerverunsicherung“ nun nicht der von der CDU-Vorsitzenden Merkel ursprünglich angestrebte klarere Reformvorschlag entgegengestellt wird: „Die großen Volksparteien werden so 2006 nur noch die Wahl anbieten zwischen Sozialismus pur, der Bürgerversicherung, und Sozialismus light, dem Gesundheitssteuermodell mit Einheitspauschalenzuschlag“.

„Der abgestimmte Entwurf der Union trägt weder dazu bei, die langfristigen Finanzierungsprobleme der Krankenkassen zu lösen, noch kann er durch eine systematische Abkopplung der Beiträge von den Arbeitskosten Impulse für mehr Wachstum setzen“, kritisiert der Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft. „Ich sehe nicht, wie es mit diesem Kompromiß zu mehr Wettbewerb und Effizienz im Gesundheitswesen kommen könnte“, so Eilfort. „Vielmehr führt er nur zu Verwirrung und Bürgerferne, zu mehr statt weniger Bürokratie und vor allem zu völlig undurchsichtigen finanziellen Verschiebepbahnhöfen.“

„Die eigentliche Ungerechtigkeit in unserem Gesundheitswesen liegt ohnehin nicht bei einer vermeintlich zu geringen Umverteilung von unten nach oben, sondern bei der viel zu großen Umverteilung von heute auf morgen“, gibt Eilfort zu bedenken. „Ohne eine mittelfristige Umstellung auf ein kapitalgedecktes System können wir der demographischen Herausforderung nicht begegnen und betreiben Raubbau an den Finanzen unserer Nachkommen.“ Deshalb sei das ursprüngliche Gesundheitsprämienmodell der Herzog-Kommission mit seiner teilweisen Umstellung auf die Kapitaldeckung ein Schritt in die richtige Richtung gewesen.

„Was wir brauchen, ist eine Umstellung auf ein kapitalgedecktes Modell mit funktionsfähigem Wettbewerb zwischen den Krankenversicherungen, wie es der Kronberger Kreis, unser wissenschaftlicher Beirat, entwickelt hat und wie es inzwischen auch die FDP vertritt“, so Eilfort. „Wir müssen in Deutschland endlich wieder Mut haben, voraus zu denken, inhaltlich zu streiten und dürfen nicht nur nach dem kurzfristigen politischen Kalkül handeln oder Kuschelgruppenharmonie als Politikmaßstab heranziehen“, fordert Eilfort gerade im Hinblick auf das Gesundheitswesen. „Ein um des lieben Friedens willen geschlossener Formelkompromiß wie der heutige löst keines unserer Probleme.“

(69 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de